

# **EUROPÄISCHES PARLAMENT**

## **DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU BELARUS**

### **MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER**

#### **AUFZEICHNUNG**

#### **ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU BELARUS**

**GENERALDIREKTION EXTERNE  
POLITIKBEREICHE DER UNION**

---

9. Juni 2004  
EUR/TB/ES

## Einleitung

Die Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Belarus war bisher Teil der gemeinsamen Delegation für die Beziehungen zur Ukraine, Moldawien und Belarus. Hintergrund der derzeitigen Delegation ist die Aushandlung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und den drei Ländern. Die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sollen einen klaren Rahmen für die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit abstecken und beruhen auf der Annahme, dass die betreffenden Länder mit den Marktreformen fortfahren und es ihren politischen Institutionen ermöglichen, auf der Grundlage demokratischer Prinzipien zu funktionieren.

Schlüsselement jedes Abkommens ist der Prozess der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Der Parlamentarische Kooperationsausschuss sollte parlamentarische Kontrolle in Bezug auf die Ausübung der Abkommen ausüben und als offenes Forum für Aussprachen über Fragen von gegenseitigem Interesse fungieren.

Das 1995 unterzeichnete Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Belarus wurde jedoch wegen politischer Probleme mit der Regierung von Belarus nicht abgeschlossen. Folglich wurde auch kein parlamentarischer Kooperationsausschuss zwischen dem Europäischen Parlament und dem Parlament von Belarus, wie im Abkommen vorgesehen, eingerichtet. Die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Moldawien und der Ukraine wurden abgeschlossen und die parlamentarischen Kooperationsausschüsse mit diesen beiden Ländern haben seit mehreren Jahren getagt.

Derzeit gibt es nur sehr begrenzte Kontakte zwischen dem Regime in Belarus und der Europäischen Union. Diese Situation ist unverändert, seit Präsident Lukaschenko das direkt gewählte Parlament 1996 durch eine vom Präsidenten ernannte nationale Versammlung ersetzt, repressiv gegen die Opposition und die Medien vorgeht und sich ebenfalls in die Judikative eingemischt hat.

Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2000 und den Präsidentschaftswahlen im September 2000, die Lukaschenko mit überwältigender Mehrheit gewonnen hat, gab es keine erheblichen Änderungen in diesem Zusammenhang. Nach diesen Wahlen enthielt die von der internationalen Wahlbeobachtungsmission herausgegebene Erklärung zu den Wahlen, der sich auch das Europäische Parlament anschloss, die Schlussfolgerung, dass der Wahlprozess die Auflage der OSZE für demokratische Wahlen nicht erfüllt habe. Die parlamentarische Troika des Europäischen Parlaments und die Versammlung des Europarates und der OSZE, die die Wahlen 2000 und 2001 überwacht hatten, wurden beibehalten und es hat Bemühungen gegeben, eine weitere Reise nach Belarus zu unternehmen, um die Lage vor den Parlamentswahlen im Oktober 2004 zu bewerten. Diese Anstrengungen wurden jedoch bisher von den belarussischen Behörden abgeblockt. Es ist immer noch ungewiss, ob das Europäische Parlament in der Lage sein wird, die Wahlen im Oktober zu beobachten.

Seit 2001 hat es nur wenige innenpolitische Verbesserungen in Belarus und somit in seinen Beziehungen zur Europäischen Union gegeben. Die Regierung in Minsk ist offenbar entschlossen, einen autoritären, autokratischen Regierungsstil und eine Zentralverwaltungswirtschaft beizubehalten. Die belarussischen Behörden haben schwere Kritik von Menschenrechtsorganisationen und dem Westen einstecken müssen, weil sie die

Meinungsfreiheit eingeschränkt haben, der unabhängigen Presse einen Maulkorb verpasst und der Opposition den Zugang zu den staatlichen Medien verweigert haben. Von der Regierung kontrollierte Zeitungen in Belarus erhalten erhebliche staatliche Beihilfen und finanzielle Vorteile, während viele der oppositionellen Printmedien gezwungen waren, zu schließen, ihren Namen zu ändern oder sogar im Ausland zu veröffentlichen.

Belarus ist um engere Beziehungen zu Russland bemüht und auf politischer Ebene war viel die Rede von einem Unionsstaat, aber es gab nur begrenzte Fortschritte in diesem Bereich. Belarus ist stark vom russischen Erdgas abhängig, um seinen Energiebedarf zu decken. In den jüngsten Monaten gab es Befürchtungen, dass Gazprom nicht länger Erdgas zu subventionierten Preisen an Belarus liefern wird, weil solche zusätzlichen Energiekosten die belarussische Wirtschaft noch stärker belasten würden. Das Büro der OSZE in Minsk ist dafür zuständig, eine Rückkehr zur Achtung der demokratischen Grundsätze, der Menschenrechte und der Pressefreiheit zu fördern. Der Großteil der Tätigkeit der EU läuft über dieses Büro oder über die diplomatischen Missionen in der Hauptstadt von Belarus. Die Kommission verwaltet ihre Angelegenheiten in Belarus vom Delegationsbüro in Moskau aus.

Die Erweiterung bedeutet, dass Belarus jetzt unmittelbar an die EU angrenzt und wichtige grenzüberschreitende Themen angegangen werden müssen. Die jüngsten Erklärungen der Europäischen Kommission zu Belarus sind in dem Strategiepapier vom 12. Mai 2004 mit dem Titel „Europäische Nachbarschaftspolitik“ enthalten. In diesem Dokument wird betont, dass auf politischer Ebene Spielraum für ein aktiveres Engagement gegenüber den Behörden von Belarus besteht, „wenn es bei der Demokratisierung in Belarus zu erheblichen positiven Entwicklungen kommt“. In dem Papier wird ebenfalls vorgeschlagen, die EU-Hilfe für Belarus mit einem eindeutigen Schwerpunkt auf der Zivilgesellschaft auszubauen. Die Kommission hebt hervor, dass es ein langfristiges Ziel der EU sei, „dass Belarus ein demokratischer, stabiler, verlässlicher und zunehmend wohlhabender Partner wird, mit dem die erweiterte EU nicht nur gemeinsame Grenzen teilt, sondern auch eine von gemeinsamen Werten vorangetriebene gemeinsame Agenda“.

Die Mitglieder der Delegation des Europäischen Parlaments waren grundsätzlich gezwungen, die Ereignisse in Belarus auf der Grundlage von Kontakten mit der OSZE und den nichtstaatlichen Organisationen zu verfolgen. Das Sekretariat des Parlaments unterhält ebenfalls diplomatische Kontakte zur Vertretung von Belarus bei der EU. Der Botschafter von Belarus hat wiederholt auf Treffen der Delegation gesprochen. Regelmäßige Treffen wurden ebenfalls mit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und der Präsidentschaft des Rates organisiert, um die Tätigkeiten mit den anderen Institutionen zu koordinieren.

Dennoch verfolgt das Europäische Parlament die Entwicklungen in Belarus sehr genau und hat seinen Standpunkt in mehreren Entschlüssen dargelegt. Die wichtigste Erklärung zum Standpunkt des Parlaments ist die Entschließung vom 11. Februar 2003 „Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Belarus: Auf dem Weg zu einer künftigen Zusammenarbeit“ (Bericht MARSET CAMPOS) . Darin äußert sich das Parlament besorgt „über die zunehmende gefährliche, selbst gewollte Isolierung vom Westen und vom Osten, in die Belarus infolge des autoritären, antidemokratischen Regierungsstils seines Präsidenten geraten ist und durch die es zu einem Herd der Instabilität und Unsicherheit für die ganze Region werden kann“. Das Parlament forderte Maßnahmen der EU zur Unterstützung der demokratischen Kräfte in Belarus.

Während der laufenden Wahlperiode ist es dem Europäischen Parlament gelungen, einen politischen Dialog mit den demokratischen Kräften in Belarus aufrecht zu erhalten. Die Delegation ist ebenfalls mit einigen Vertretern der belarussischen Opposition und von NRO zusammengetreten. Im Januar 2004 sprachen Mitglieder beispielsweise mit Frau Olga Tarasov von der internationalen Menschenrechtsliga. Die Delegation bildete daher einen Resonanzboden für Befürchtungen in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen.

Die jüngste Reise nach Belarus fand im November 2002 statt, als der Vorsitzende Jan Marinus WIERSMA (PSE, Niederlande), die stellvertretende Vorsitzende Elisabeth SCHROEDTER (Grüne/ALE, Deutschland) und das Mitglied der Delegation Robert GOODWILL (EPP-ED, VK) mit Mitgliedern der Regierung und der Opposition und Vertretern der Zivilgesellschaft zusammentrafen.

Von 1999 bis 2004 hatte Herr Jan Marinus WIERSMA (PSE, Niederlande) den Vorsitz inne. Vorherige Vorsitzende der Delegation waren Frau Erika MANN (PSE, Deutschland) von 1997 bis 1999 und Frau Elisabeth SCHROEDTER (Grüne/ALE, Deutschland) von 1994 bis 1996.

### Reisen nach Belarus:

Reise der Parlamentarischen Troika (Vorsitzender + Berichterstatter )	1. - 4. März 2000, Minsk
Reise der Parlamentarischen Troika (Vorsitzender)	19. – 21. Juni 2000, Minsk
Ad hoc-Delegation nach Belarus (Parlamentswahlen)	13. – 17. Oktober 2000, Minsk
Reise der Parlamentarischen Troika (Vorstand + Berichterstatter)	5. – 7. März 2001, Minsk
Reise der Parlamentarischen Troika (Präsidentschaftswahlen/Vorstand + Berichterstatter)	7. – 10. September 2001, Minsk
Reise des Vorstands (Vorsitzender, erster stellvertretender Vorsitzender, Mitglied)	27. - 29. November 2002, Minsk

### Technische Konferenzen:

7. April 2000 (Wien), 29. Juni 2000 (Wien) 30. August 2000 (Wien), 5. Juli 2001 (Paris),  
8. August 2001 (Wien)

### Sonstige:

Treffen der Parlamentarischen Versammlung OSZE (Vorsitz) 19. - 20. Februar 2004 (Wien)  
- Aussprache mit Vertretern der OSZE über die künftige Zusammenarbeit in Bezug auf Belarus